

# Geld gegen Atomwaffen

Russland und Bushs Nahost-Politik bestimmen den G-8-Gipfel

**KANANASKIS:** Der russische Präsident Wladimir Putin kann den G-8-Gipfel in Kanada als Erfolg für sich verbuchen: Russland wird nicht nur gleichberechtigter Partner der wichtigsten Industrieländer, sondern erhält von diesen auch noch 20 Milliarden Dollar für die Vernichtung alter Bestände an atomaren, chemischen und biologischen Waffen.

US-Präsident George W. Bush hingegen ist mit seiner Nahostinitiative auf wenig Zustimmung gestossen. Am Donnerstag stand die neue Entwicklungspartnerschaft für Afrika im Mittelpunkt des Gipfels. Um Russland während der nächsten zehn Jahre bei der Entsorgung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen zu helfen, wollen die USA zehn Milliarden Dollar aufbringen, die andere Hälfte wird auf die übrigen Länder aufgeteilt, wie aus US-Kreisen verlautete. Dafür verpflichtete sich Russland, den Partnerländern Zugang zu den Lagern zu gewähren. Es wird befürchtet, dass das Material in die Hand von Terroristen fallen könnte. Die Übereinkunft ist ein wichtiger Schritt in der russisch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der atomaren Abrüstung. Erst vor kurzem hatten sich die USA und Russland darauf geeinigt, die Zahl ihrer nuklearen Sprengköpfe



Während die Staatsoberhäupter am G-8-Gipfel in Kananaskis tagen; protestieren G-8-Gegner ohne Kleider vor dem Parlament in Kanadas Hauptstadt Ottawa. (Bilder: Keystone)

zu reduzieren. Bush und Putin bekräftigten am Donnerstag erneut ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus. Der US-Präsident nannte Putin in diesem Zusammenhang «einen Getreuen im Kampf gegen den Terror». Russland wird 2006 erstmals Gastgeber des G-8-Gipfels sein. Deutschland verzichtete dafür auf die Ausrichtung der Konferenz und kommt nun erst 2007 wieder an die Reihe. Die Gipfelteilnehmer beschlossen, Russland in ihren Reihen künftig als ebenbürtigen Partner anzusehen. Das Land habe sein Potenzial bewiesen, eine gleichberechtigte und wichtige Rolle im Kampf gegen die Probleme der Welt zu übernehmen, erklärten die G-8.

## Opfer bei G-8-Gipfel

**KANANASKIS:** Zum tödlichen Verhängnis wurden einem Schwarzbär die strikten Sicherheitsvorkehrungen beim G-8-Gipfel im kanadischen Kananaskis. Nach Behördenangaben vom Donnerstag fiel der Bär von einem Baum, als er versuchte, einen Beutel mit Lebensmitteln zu erreichen, der von Soldaten an dem Baum aufgehängt worden war. Beim Sturz aus acht Metern Höhe habe das Tier so schwere Verletzungen erlitten, dass es getötet werden musste, erklärte Susan McManus vom Ministerium zum Erhalt der Ressourcen der Provinz Alberta.

## Belgien entschädigt Juden

**BRÜSSEL:** Belgien zahlt der jüdischen Gemeinde des Landes rund 56 Millionen Euro Entschädigung für Verluste, die sie während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg erlitten hat. Ein entsprechendes Abkommen unterzeichneten am Donnerstag Finanzminister Didier Reynders sowie Anführer der 40 000 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinde und Vertreter von Nationalbank und Versicherungsunternehmen.

«Es ist ein guter Tag für unser Land», sagte Philippe Markiewicz vom Koordinationskomitee jüdischer Organisationen in Belgien. Der belgische Staat trägt 45,6 Millionen Euro zu der Entschädigungssumme bei, die Versicherungsbranche zehn Millionen Euro und die Nationalbank 300 000 Euro. Noch in der Schwebe sind Verhandlungen zwischen jüdischen Organisationen und Belgiens Privatbanken, die sich in separaten Verhandlungen in der vergangenen Wochen nicht auf ein Abkommen einigen konnten.

**BERN:** Der Bundesrat will den Kampf gegen den Terrorismus mit neuen Strafnormen verschärfen, obwohl die Schweiz nicht direkt im Visier des internationalen Terrorismus ist. Das am Donnerstag präsentierte Massnahmenpaket sieht auch schärfere Instrumente gegen den Rechtsextremismus vor. Die Reaktionen waren geteilt.

Justizministerin Ruth Metzler legte eine Reihe von Massnahmen zur Erhöhung der Inneren Sicherheit vor. Zeitlich im Vordergrund steht die Ratifizierung von zwei UN-Abkommen zur Terrorismusbekämpfung, die mit der Schaffung zweier neuer Strafnormen und der vorgezogenen Strafbarkeit von Unternehmen verknüpft wird. Terroristen sollen demnach in besonders schweren Fällen mit lebenslangem Zuchthaus bestraft werden. Die neue Strafnorm gegen die Terrorismusfi-

nanzierung sieht einen Strafrahmen von bis zu fünf Jahren Zuchthaus vor. Und Unternehmen, die sich strafbar machen, drohen Bussen von bis zu fünf Millionen Franken. Das Parlament soll das Paket, das vom Bundesrat ohne vorherige Vernehmlassung verabschiedet wurde, noch in diesem Jahr genehmigen. Die Bundesratsparteien begrüsst die neuen Strafnormen. Bei Strafrechtlern werden sie kontrovers beurteilt, und die Bankiervereinigung bezeichnete sie nicht als zwingend.

Metzler begründete das Vorgehen unter anderem mit der besonderen Abscheulichkeit von Terrorakten. In einem Bericht über die Bedrohungslage bekräftigt der Bundesrat, dass die Wahrscheinlichkeit von direkt gegen die Schweiz gerichteten Terroranschlägen klein sei. Die Schweiz habe den Urheber der Terroranschläge vom 11. September auch nicht als logistische Basis oder als Ausbildungsort gedient.

## Scharfe Instrumente gegen Rechtsextreme

Bundesrat rüstet im Kampf gegen Terrorismus auf



Die neue Strafnorm gegen die Terrorismusfinanzierung sieht einen Strafrahmen von bis zu fünf Jahren Zuchthaus vor.

## Luftraum gesperrt

USA: Aus Sorge vor Anschlägen am 4. Juli

**WASHINGTON:** Die Regierung der USA hat aus Sorge vor Anschlägen am Unabhängigkeitstag 4. Juli eine Sperrung des Luftraums über mehreren ihrer Wahrzeichen angeordnet.

Der Luftraum über der Freiheitsstatue in New York, dem Mount Rushmore National Memorial in South Dakota und dem Gateway Arch in St. Louis werde gesperrt, teilte die Flugsicherheitsbehörde FAA mit. Einem Bericht der «Washington Post» zufolge sind Experten der Regierung zudem besorgt, dass die El Kaida des Moslem-Extremisten Osama bin Laden Anschläge auf Energieanlagen im Land plant. Der Luftraum werde zum Schutz der zahlreichen Amerikaner gesperrt, die an dem Wochenende um den 4. Juli an diesen Plätzen erwartet würden, sagte der FAA-Sprecher. Über der Freiheitsstatue sei der Luftraum bereits am Dienstag in einem Umkreis von einer Seemeile ge-

schlossen worden, sagte ein FAA-Sprecher. Die Sperrung solle bis September in Kraft bleiben. Der Luftraum über Mount Rushmore bleibe vom 3. bis 5. Juli, der über dem Gateway Arch am 3. und 4. Juli gesperrt.

Die «Washington Post» berichtete unter Berufung auf einen FBI-Bericht, dass die Regierung auch wegen möglicher Anschläge auf Steuerungssysteme von Energieanlagen wie Atomkraftwerke und Staudämme warne. Die US-Bundespolizei habe eine verdächtige Beobachtung zentraler Computer über das Internet festgestellt. Über Internetverbindungen aus Saudi-Arabien, Indonesien und Pakistan hätten Unbekannte Notfall-Kommunikationssysteme sowie Strom-, Wasser-, Atom- und Gaskraftwerke untersucht. Einige dieser mysteriösen Ermittlungen zielten auf digitale Programmasteine, die eine Fernsteuerung von Feuermeldern sowie Gas- und Wasserleitungen zulassen.

## Portugal droht «Blauer Brief»

**BRÜSSEL:** Portugal muss damit rechnen, wegen des im vergangenen Jahr aus dem Ruder gelaufenen Haushaltsdefizits ein Warnschreiben aus Brüssel zu bekommen. Sollte der Fehlbetrag 2001 tatsächlich über dem Referenzwert von drei Prozent der Wirtschaftsleistung gelegen haben, sei die Behörde verpflichtet, die Staatsfinanzen Portugals zu überprüfen, sagte der Sprecher von Währungskommissar Pedro Solbes in Brüssel. Je nach Ausgang dieser Analyse würde die Kommission so genannte Empfehlungen an die Adresse des Mitgliedstaats vorschlagen. Über eine Veröffentlichung dieser als «Blauer Brief» bezeichneten Empfehlungen müsste der EU-Ministerrat entscheiden. Der Solbes-Sprecher reagierte damit auf Erklärungen des portugiesischen Ministerpräsidenten José Manuel Durão Barroso vom Vorabend, wonach der Fehlbetrag im vergangenen Jahr bei 3,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gelegen hat.

REKLAME

**Lie-Haus**

Tel. Nr. 399 40 50  
www.lie-haus.li

... Sie suchen ein Zuhause?  
... dann sind Sie bei uns genau richtig!

**K&P**

**KRANZ & PARTNER AG**  
GENERALUNTERNEHMUNG